

Verlegerate
werden angenommen
in Bösen bei der Expedition
der Zeitung. Wilhelmstr. 17.
Joh. J. Hirsch. Hoflieferant,
Dr. Gerber- u. Breiteler-Ede,
Haus Nitsch, in Firma
J. Lamm, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bösen.

Nr. 149

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.
Das Abonnement beträgt vierzehn
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alte Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 27. Februar, 1 Uhr.

Vizepräsident Graf Ballerstrem: Ich habe dem Hause eine recht schmerzhafte Mitteilung zu machen: Unser verehrtes Mitglied, der Landgerichtsrat Bödiker, Vertreter des 6. Kölner Wahlkreises (Wipperfürth) seit Beginn dieser Legislaturperiode, ist plötzlich verschwunden. Ich bitte die Herren Kollegen, zum Gedächtnis des verstorbenen Kollegen sich von ihren Plätzen zu erheben. (Gescheit.)

Ohne Debatte erledigt das Haus den Bericht der Reichsschulden-Kommission durch Dechargeerteilung gemäß dem Antrag der Rechnungskommission.

Der Gesetzwurf, betr. die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung wird ohne erhebliche Debatte in erster Lesung genehmigt. (Für die zweite Lesung, die für heute von der Tagesordnung abgefeiert wurde, kündigte der Abg. Dr. Brömel einen Abänderungsantrag an.)

Es folgt der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Ahlwardt. Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Knörke (fr.) beantragt dagegen, die Wahlauslagen dem Reichstanzler zur Unterlegung der im freifinnigen Wahlproteste behaupteten Wahlbeeinflussungen und Verstöße gegen das Wahl-Reglement zu überweisen. Er habe sich an dem Wahlkampfe als freifinniger Redner beteiligt und könne nur versichern, daß es in Arnswalde-Friedeberg gar toll hergegangen sei.

Abg. Rittert (fr.) unterstützt diesen Antrag.

Die Wahl Ahlwardts wird gemäß dem Antrage der Wahlprüfungs-Kommission für gültig erklärt (gegen die Stimmen der Freifinnigen), zugleich wird aber auch der Antrag Knörke gegen die schwach besetzte Rechte und einen Theil des Zentrums angenommen.

Hieraus wird die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats beim Etat des Reichsjustizamtes fortgesetzt.

Bei dem Gehalt des Staatssekretärs bringt

Abg. v. Bar (freit.) den bekannten Fall zur Sprache, wo ein Staatsanwalt, der sich durch einen Wortwechsel mit einem Landgerichts-Direktor beleidigt fühlte, den letzteren zum Zweikampf forderte und zwar nach vorherigem Spruch des militärischen Ehrengerichts, das der Staatsanwalt in seiner Eigenschaft als Reserve-Offizier angerufen hatte. Redner meint, daß in solchen Fällen der Reserve-Offizier nur den bürgerlichen Gerichten unterworfen sein sollte. Des Weiteren fordert Redner baldige Vorlegung eines Strafvollzugsgesetzes.

Staatssekretär Dr. Hanauer bemerkt zu dem Duellfall, es sei ja eine Regelung der Militär-Strafprozeß-Ordnung im Werke. Aber es handle sich hier vielleicht nicht einmal so sehr um eine Kollision mit der Militär-Strafprozeß-Ordnung, als um die so verschiedenen Auffassungen der Regeln des Zweikampfes, in denen Anschauungen dürfte selbst durch eine Aenderung der Militär-Strafprozeß-Ordnung ein Ausgleich nicht geschaffen werden. Der etatistischen Regelung des Strafvollzugs widme die Regierung nach wie vor rege Aufmerksamkeit, doch dürfe die Sache nicht überstürzt werden.

Abg. Frhr. v. Münch (wild) verbreitet sich des Längeren über seine Streitigkeit mit den württembergischen Gerichten, und versichert, daß er nicht aufhören werde, die schlechten württembergischen Rechtspflege zu bekämpfen, wenn er auch noch soviel Gefängnisstrafe erhalten sollte. (Vom Vizepräsidenten Graf Ballerstrem wird Redner wiederholt zur Sache gerufen.) Die Handlungen der württembergischen Gerichte scheuten das volle Licht der Öffentlichkeit.

Württembergischer Direktor Dr. v. Stieglitz beleuchtet den Prozeß gegen den Frhrn. v. Münch und nimmt die württembergischen Gerichte in Schutz. Da der württembergische Bundesrats-Bewollmächtigte wiederholt vom „Abgeordneten Münch“ spricht, so bemerkt

Abg. Münch (fr.) zur Geschäftsordnung, daß es sich nicht um ihn, sondern um den Abgeordneten Freiherrn von Münch handele. (Große Heiterkeit.)

Abg. Payer (Volkspartei) konstatirt, daß die württembergischen Gerichte die Berechnungsfähigkeit des Freiherrn von Münch

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Dienstag, 28. Februar.

Verlegerate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bösen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
zu Polen, Hessenstein & Vogler &c.
J. L. Deub & Co., Juvalstrasse.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Stieglitz
in Bösen.

Inserate, die sich gehaltenen Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite
30 Pf. in der Mittagsausgabe 25 Pf. an bezogt. Zu
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

1893

bezwefelt hätten. (Heiterkeit.) Unter allen lebenden Personen sei der Freiherr von Münch, der sein Mandat benütze, um hier im Reichstag seine Richter zu schelten, der letzte, der berechtigt wäre, den württembergischen Gerichten Vorwürfe zu machen. Wer Freiherr von Münch kenne, wisse, daß zu seinem Vergnügen Niemand mit Freiherrn von Münch Streit anfange. (Heiterkeit.)

Abg. Schrader (fr.) wünscht im Interesse der Justiz, daß die richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten, sofern sie Reserveoffiziere sind, nicht zum Duell gezwungen werden. Eine baldige Regelung des Strafvollzugs sei notwendig. Bei den jugendlichen Gefangenen müsse das Hauptziel die Besserung sein.

Abg. Kuhnert (Soz.) bechwert sich über die Behandlung sozialdemokratischer Gefangenen, über die Durchsuchung der Wohnungen bei Haussuchungen durch Polizeibeamte etc. Ihm seien im Gefängnis merkwürdige Dinge passiert; ein höherer Polizeibeamter habe ihn sogar zu einem Schurkenreich verleiten wollen. Bei den Haussuchungen bei Sozialdemokraten werde oft mit raffinirtester Rechtswürdigkeit verfahren und nicht einmal der Immunität der Reichstagsabgeordneten Rechnung getragen. Präsident von Lebwohl erklärt den Ausdruck „Rechtswürdigkeit“ angewendet auf eine Behörde oder Person außerhalb des Hauses für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Gröber (Zentr.) bemerkt, daß die vom Abg. Frhr. von Münch vorgebrachten Beschwerden vor den württembergischen Landtag, aber nicht vor den Reichstag gehörten. Insofern habe sich Herr v. Münch eines Missbrauchs des Mandats und der Redefreiheit schuldig gemacht. (Vorfall.) Auch der Abg. Kuhnert habe Dinge vorgebracht, die theilsweise nicht zum Reichsjustizrat gehörten.

Durch derartige Einzelheiten werde die Etatsberathung nur in unangemessener Weise verlängert. Redner empfiehlt im Uebrigen eine baldige einheitliche Regelung des Strafvollzugs.

Präsident v. Lewenhoff bittet, die Erörterung über die württembergische Justizpflege von jetzt ab, weil nicht zur Sache gehört, zu unterlassen. (Vorfall.)

Staatssekretär Hanauer ist mit dem Abg. Schrader darin einverstanden, daß bei jugendlichen Verbrechen das Hauptziel des Strafvollzuges die Besserung sein müsse. Erstrebt werde von der Regierung ein einheitlicher Strafvollzug für das ganze Reich; über den Zeitpunkt, wann eine Vorlage ans Haus gelangen könne, vermöge er aber nichts zu sagen.

Abg. Frhr. v. Münch polemisiert, vom Präsidenten wiederholt unterbrochen, gegen die Ausführungen der Abg. Payer und Gröber gegen seine Person.

Abg. Stadthagen (Soz.) bringt die gewaltsame Vorführung des sozialdem. Abg. Schmidt (Mittweida) zu einem Termin in Chemnitz zur Sprache, ebenso die sechswöchentliche Verhaftung des Abg. Kühnert, um an beiden Fällen darzulegen, daß die verfassungsmäßige Immunität der Abgeordneten von den Behörden nicht respektiert werde. Nebenhaupt sei es mit der persönlichen Freiheit in Deutschland nicht weit her; jeder Inländer könne nach Belieben eingesperrt werden. Noch schlimmer seien aber die Ausländer daran. Eine junge Russin, welche in Berlin wegen Einhalts eines Heiratsversprechens lagte, sei dafür ausgewiesen worden, weil sie sich lästig gemacht (Hört, hört! links.) Der Ausländer sei bei uns vogelfrei. Eingehend verbreitet sich Redner, vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen, über unsere Justiz, die der Sozialdemokratie gegenüber eine Klassenjustiz sei, was Redner durch Anführung einer Reihe von Fällen nachzuweisen sucht.

Abg. Dr. Hartmann (cons.) nimmt das Chemnitzer Gericht in Schutz und bezweifelt Stadthagens juristische Kenntnisse.

Dies giebt Anlaß zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Abg. Stadthagen und Hartmann, die sich bis gegen 6 Uhr hinzieht; worauf die Debatte über den von seiner Seite bestrittenen Gehalt des Staatssekretärs geschlossen und derselbe bewilligt wird.

Die zur Ausarbeitung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches ausgeworfenen persönlichen und sachlichen Ausgaben von 250 000 M. bemängelt

Abg. Graf Kanitz als zu hoch. Er wünscht zu wissen, wie hoch die Tagegelder der Mitglieder der Kommission seien.

Staatssekretär Hanauer erwidert, daß die in Berlin wohnenden Mitglieder 20, die von außerhalb nach Berlin berufenen 30 M. Diäten erhalten.

Die Position wird bewilligt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Etats des Reichsjustizamts. Hierauf verläßt sich das Haus bis morgen 1 Uhr. (Etat des auswärtigen Amts und Kolonial-Etat.) Schluß 6^{1/2} Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 27. Februar, 1 Uhr.

Vize-Präsident Dr. Frhr. v. Seeremann: M. H. leider hat das Haus wieder den Tod zweier alten Mitglieder zu beklagen. Der Abg. Koehne ist am 23. d. M. nach kurzer Krankheit verstorben und der Abg. Boedeker nach einer mir soeben telegraphisch zugegangenen Meldung aus Hildegheim plötzlich ebenfalls verstorben. Der Abg. Koehne hat seit 1879 ohne Unterbrechung den Kreis Ost- und Westpreußen, der Abg. Boedeker seit demselben Jahre gleichfalls ohne Unterbrechung den Kreis Sieg-Mühlheim-Wipperfürth vertreten. Beide haben an den Geschäften des Hauses lebhaften Anteil genommen, insbesondere ist der Letztere in verschiedenen Kommissionen viele Jahre hindurch in hervorragender Weise thätig gewesen. Ich ersuche Sie, m. H. sich zu Ehren des Abgeordneten des Verstorbenen von Ihren Sitzen zu erheben. (Gescheit.)

Auf der Tagesordnung steht der Etat der Lotterie-Verwaltung.

Bei den Einnahmen aus dem Absatz der Lotterie spricht

Abg. Dr. Arendt (freit.) sein Einverständnis mit der Vermehrung der Zahl der Lotterie um 30 000 aus, eracht jedoch die Regierung, bei Genehmigung von Privatlotterien recht vorsichtig zu sein und namentlich darauf zu sehen, daß der charitative Zweck der Lotterien nicht zu sehr hinter dem Verdienst des Zwischenhandels zurücktrete. Den eingeleiteten Verhandlungen mit den anderen deutschen Städten über die Zulassung der fremden Lotterie wünsche er den besten Erfolg. Hoffentlich werde die Zahl der Lotterieeinnehmer in der Provinz entsprechend der Vermehrung der Lotterie vermehrt werden. Weiter befürwortet Redner den Fortfall der Gewinnprovisionen der Lotterieeinnehmer unter gleichzeitiger Erhöhung der Schreibgebühren. Dadurch würde dem Staat eine finanzielle Erhöhung von 1 Million, den Lotterieeinnehmern feste Einnahmen an Stelle schwankender gewährt werden.

Abg. v. Schalscha kann im Lotteriespiel etwas Unmoralisches nicht finden. Es werde doch Niemand behaupten, daß die Städte ohne Lotteriekollekte moralischer seien als diejenigen, welche eine Kollekte haben. Von diesem Standpunkt aus habe er gegen die Vermehrung der Lotterie zur Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses nichts einzubringen.

Abg. Dr. Meier (fr.) erinnert angesichts der Vermehrung der Lotterie an den 1884 angenommenen Antrag v. Minnigerode, beim Kleinen die Besetzung sämtlicher Staatslotterien anzuregen. Er halte das Lotteriespiel an sich nicht für gefährlich; sobald es aber über eine gewisse Grenze ausgedehnt werde, könne es allerdings sehr gefährlich werden. Der frühere Finanzminister habe wenigstens gewarnt, bis ihm eine Vermehrung aus dem Hause entgegentragen wurde; der jetzige Finanzminister aber warte eine solche Anregung des Hauses gar nicht ab. Neben den Staatslotterien liefern die zahlreichen Privatlotterien, gegen die kürzlich ein offizielles Blatt heftige Angriffe gerichtet habe, obgleich doch alle diese Privatlotterien vom Staatsministerium genehmigt worden seien. Die ganze Praxis der Regierung habe dazu geführt, daß Spielbedürfnis zu steigern. Was der Staat auf diese Weise gewinne, könne ihm auf andere Weise durch Schädigung der wirtschaftlichen Existenz der Spieler wieder verloren gehen. Er werde deshalb gegen die Vermehrung der Lotterie stimmen.

Regierungskommissar Marcinowski erklärt, daß über eine andere Vertheilung der Lotterie auf die verschiedenen Theile des Landes Erwägungen schwanken. Die Vermehrung der Lotterie sei gerechtfertigt durch die Zunahme des Spielen in verbotenen auswärtigen Lotterien. Der angezogene Artikel des offiziellen Blattes sei Privatarbeit; die Lotterieverwaltung stehe ihm vollständig fern.

Abg. Cremer bestreitet, daß man das Spielen in einer Lotterie als unsittlich bezeichnen könne. Wenn man die Lotterie auch verminderte — gäbe es doch werden, aber auf verbotenem

Berliner Brief.

Bon Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 27. Februar.

Nun hat die „Freie Bühne“ doch wieder einmal aus ihrer Reserve herausgetreten müssen. Sie hat so erziehlich gewirkt auf die Schauspielskunst und auf die unsreinen Bühnen, daß sie schon geglaubt hatte, sie könne sich zur Ruhe setzen, ihr Tagwerk sei vollendet. Aber da ist die Zensur gekommen und hat Gerhard Hauptmanns mächtiges Schauspiel „Die Weber“ verboten und da war es dann eine Ehrenpflicht der „Freien Bühne“, sich der sehr schwierigen Aufführung der Dichtung zu unterziehen. Die Aufgabe ist doppelt schwierig, da die „Freie Bühne“ sich doch die Schauspieler für die Vorstellung und was noch schlimmer ist, für die vielen Proben ausborgen muß. Außerdem kommen in den „Webern“ über fünfzig Rollen vor, darunter einige, die hervorragende Schauspieler, andere, die zum mindesten gute Episodenspieler erfordern. Die Inszenierung, das Arrangement der Gruppen erheischt die emsige Arbeit eines bedeutenden Regisseurs — kurz es war eine sehr große und schwierige Aufgabe, die die Leiter der „Freien Bühne“ und ihr Regisseur zu bewältigen hatten. Die finanzielle Frage — die Vorstellung hat über 3000 Mark kostet — tritt dagegen völlig in den Hintergrund.

Und nun hat am Sonntag die erste Vorstellung von Hauptmanns Webermeisterstück stattgefunden. Die Wirkung war eine überaus starke und tiefgehende. Ich habe bei früherer Gelegenheit an dieser Stelle schon von der Dichtung als solcher gesprochen und ihre großen dichterischen Vorzüge gerühmt. Noch stärker aber erweisen sie sich natürlich von der Bühne herab. Hauptmann schildert in fünf großen Gemälden, in fünf Akten Elend und Not der schlesischen Weberbevölkerung in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts. Was er schildert, ist ein halbes Säkulum her, liegt in der vormärzlichen Zeit — aber so mächtig ist der Eindruck dieser Schilderung, daß die Zensurbehörde diese Darstellung der Vergangenheit selbst heute noch von der Bühne herab für staatsgefährdend hält — eine größere Anerkennung als hier seitens der Polizei kann dem Dichter Hauptmann eigentlich gar nicht gezollt werden.

Der Dichter durchbricht die dem Dramatiker gezogenen herkömmlichen Grenzen. Solch ein Drama wie die „Weber“ hat sich Aristoteles niemals träumen lassen. Aber das Genie braucht an Regel und Vorschrift sich nicht zu binden, er bildet sich seine eigenen Regeln. Hauptmann stellt in den „Webern“ nicht die Tragik eines Einzelschicksals dar, nicht ein Einzelner ist Träger des Stücks. Und nicht in Exposition, Peripetie und Lyris gliedert sich dieses Schauspiel — es ist genau be-

trachtet mehr ein Zeitgemälde. In fünf Akten wird das Elend der Weber geschildert — die ersten drei Akte sind vollständig der eingehenden, vertieften Darstellung des Weberelend gewidmet, der 4. Akt bringt in der Erstürmung des Fabrikantenhauses durch die Weber zwar eine starke Peripetie, aber im Grunde schildert er doch auch nur wieder das Elend der plötzlich durch das Lied vom „Blutgericht“ aufgestachelten Leute, wenn auch von einer anderen Seite. Der Schlußakt endlich zeigt, ohne einen Abschluß im Theaterinne des Worts zu bringen, die Weber im Kampf mit den Soldaten. Die Lawine ist im Rollen, sie verschüttet Gerechte und Ungerechte. Der Schlußakt spielt in dem engen Weberstübchen des alten, einarmigen Hilse — ein Arm ist ihm abgeschossen, als er einst als Soldat für den König gekämpft hat. Der Alte, ein frommer Königstreuer Mann, verabscheut den Aufstand der Weber. Während von draußen der Lärm des Krawalls herein dringt, während Sohn und Schwiegertochter ihn verlassen haben und nur sein altes, längst erblindetes fast taubes Weib drüben am Spülrade bei ihm geblieben ist, hat er sich wie täglich seit fünfzig Jahren an den Webstuhl gesetzt. Der Straßenkampf hat begonnen, Hilse webt an seinem Stuhl. Da bricht eine Salve, eine Kugel fliegt durchs Fenster, der Alte, bei der Arbeit bis zum letzten Lebensaugenblick, ist zu Tode getroffen, er fällt über den

Bege. Vom Lotteriespiel sei noch Niemand ruinirt worden, manche kleine Familie sei aber durch die Lotterie glücklich gemacht worden. Die großen Herren, die an der Börse spielten, fühlten ja das Bedürfnis nach Vermehrung der Loope freilich nicht. Gerade bei den jüngsten sozialen Verhältnissen solle man dem kleinen Mann die Hoffnung nicht nehmen, auf durchaus legitime Weise zu einem Wohlstande zu gelangen, zu dem er durch seine Arbeit selbst nicht gelangen könne.

Die Einnahmen werden bewilligt. Beim Titel 1 der Ausgaben „plannmäßige Gewinnzahlungen“ beantragt die Budgetkommission folgende Resolution:

Die Staatsregierung zu ersuchen,

a) dem Landtag der Monarchie im nächsten Jahre eine Fortführung der vom Jahre 1880 bis 1885 aufgenommenen Statistik über die Privatlotterien in dem bisherigen Umfang bis zum Jahre 1893 vorzulegen;

b) in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die bei dem Betriebe der Privatlotterielose zur Zeit obwaltenden Missstände abgestellt werden.

Finanzminister Miguel erklärt sich bereit, die gewünschte Statistik, sobald irgend thunlich, vorzunehmen. Die Klagen über die Missbräuche beim Betrieb der Privatlotterielose erkennen er als berechtigt an. Es schwanken bereits Erwägungen darüber, wie dem abzuholen sei. Ob man radial den Betrieb durch die Staats-Lotterielokette zur Bedingung bei der Konzessionserteilung machen solle, erscheine ihm doch sehr fraglich, weil dabei der Betrieb der Staatslose leidet könnte. Auf eine Einschränkung der Privat-Geldlotterien werde die Staatsregierung schon im finanziellen Interesse nach wie vor bedacht sein.

Die Resolution wird ohne weitere Debatte angenommen, der Titel, sowie der Rest des Gesetzes bewilligt.

Es folgt der Etat der direkten Steuern. Beim Einnahmetitel „Grundsteuer“ bitte

Abg. Sombart, das in der Bearbeitung begriffene Werk über die Grundsteuerverhältnisse im preußischen Staate möglichst zu beschleunigen, damit es bei Durchführung der Steuerreform verwendet werden könne.

Beim Titel „Einkommenssteuer“ bringt Abg. Lucius eine Reihe von Beschwerden über das Verfahren der Steuerabschätzung vor, das dem Beniften Belästigung, Unruhe und Arbeit bringe. Man werde unwillkürlich erinnert an den Kaufmann von Venetia. Obgleich der Shylock Fiskus nur ein Recht auf das Fleisch, die Steuer, habe, verlange er vom Beniften noch Blut, nämlich Arbeit. Der endlose Termin für die Verantwortlichkeit der Steuererklärung sei ebenfalls bedeutsam. Niemand sei sicher, daß er oder seine Nachkommen nicht noch wegen Steuerhinterziehung angeklagt würden.

Abg. Dr. Schenk (dfr.) beschlägt es lebhaft, daß über die Beschwerden gegen die Steuerabschätzung vom vorigen Jahre erst in sehr wenigen Fällen die lezte Entscheidung getroffen sei. Eine solche Verzögerung sei unerträglich. Genossenschaften, die zu Unrecht zur Steuer herangezogen seien, müßten trotz erhobener Beschwerde jahrelang die Steuer bezahlen, obwohl sie die Beträge sehr nötig zu anderen Zwecken gebrauchten. Auf alle Beschwerden, die sie an den Finanzminister gerichtet hätten, sei bis heute noch keine Antwort erfolgt.

Minister Miguel erwähnt, daß in diesen Fällen der Finanzminister gar nicht kompetent sei. Wenn der Vorredner die Verzögerung der Entscheidung über die Beschwerden beklage, so habe er Recht. Indes hätte sich trotz der größten Anstrengungen das Material nicht bewältigen lassen. Es seien insgesamt nicht weniger als 312 473 Berufungen eingegangen (Hört! hört!), davon

276 772 bei einem Einkommen unter 3000 und nur 35 701 bei einem Einkommen über 3000 Mark. Davon seien bis Januar doch schon 296 288 erledigt worden. Auch beim Oberverwaltungsgericht sei bereits eine Reihe von Fragen entschieden und es würden fortan diejenigen Beschwerden, welche prinzipielle Bedeutung haben, vorab zur Entscheidung kommen. In solchen Fällen, wo die Verpflichtung zur Steuerzahlung zweifelhaft sei, habe er den Behörden vorgeschrieben, daß sie die Steuer stunden sollen. Keine Beschwerde sei an die Zentralinstanz gelangt, die nicht gründlich untersucht worden sei. Im Ganzen seien aber in den beiden Jahren dorthin nur 25–30 Beschwerden gekommen. Missgriffe mögen ja im Einzelnen vorgekommen sein, aber angesichts der Zahl von 500 Veranlagungsbeamten fielen sie nicht ins Gewicht. Berechtigte Einzelbeschwerden möge man ihm vorher mittheilen, nicht aber hier so allgemein vortragen. Im Allgemeinen werde man doch zugeben, daß ein Gesetz, welches eine bis dahin unversteuerte Summe von anderthalb Milliarden der Steuer unterwarf, eine dringende Notwendigkeit, eine Forderung der Gerechtigkeit war. (Bustümung.) Vor den auf Ehr und Gewissen abgegebenen Erklärungen der Beniften müsse die Behörde allerdings einen gewissen Hilfespunkt haben. Aber die Berichte der Veranlagungskommission gingen dahin, daß sie noch viel zu wenig Declarationen beanstanden hätten, denn die weit überwiegende Mehrheit der Beanstandungen habe sich als durchaus berechtigt erwiesen. Ein Klempnermeister in Berlin, der 1500 Mark deklariert hatte, habe nachher ein Einkommen von 26 500 Mark

zugeben müssen. (Harterkeit und Hört! hört!) Ein Ingenieur, der 48 310 Mark deklariert hatte, hatte ein nachgewiesenes Einkommen von 388 900 Mark. (Hört! hört!) Ein Lieferant hatte deklariert 169 000 Mark und mußte nachher bei der Berufung seines Sohns selbst zugeben, daß er 258 460 Mark Einkommen habe. In Berlin seien 60 Prozent der Declarationen beanstanden worden und davon hätten drei Viertel der Beanstandungen vollen Erfolg gehabt. Ein Bankier mit über 500 000 Mark Einkommen habe als abgeschätzten Mietshwerth seiner Wohnung 24 800 Mark angegeben, bei der Beanstandung aber selbst die Wohnung für 44 200 Mark wert erklärt. Ein Prokurist mußte im Beanstandungsverfahren zugeben, daß er für das laufende Jahr 100 000 und für das des vorigen 80 000 M. zu wenig deklariert hatte. Auch habe sich herausgestellt, daß die Steuerpflichtigen willkürlich die Jahre für den dreijährigen Durchschnitt wählten und zwar diejenigen, die ihnen am günstigsten waren. Bei einer gewissen Klasse von Leuten sei das gleichsam auf Verabredung geradezu System geworden. Es habe sich in vollem Maße gezeigt, daß man, um zu einer annähernd gerechten Veranlagung zu kommen, die Declaration nicht entscheidend sein lassen könne. Es sei überzeugt, daß die meisten falschen Declarationen aus Irrthum entstehen (Harterkeit), nur wenig willkürlich, und häufig seien die Beniften dem Veranlagungskommissar wirklich dankbar, daß er mit ihnen die Sache gründlich durchspricht (Harterkeit), wenigstens drücken sie sich so aus (Große Harterkeit). Soviel steht fest, daß wir noch in Jahren nicht zu dem vollen Resultat, das wir anstreben, kommen werden. In Sachsen ist es aber genau so gegangen wie bei uns. In den ersten Jahren in der Kammer fortwährende Beschwerden, Unzufriedenheit überall, in den beiden letzten Jahren die volle Anerkennung der sächsischen Kammer und allgemeine Zufriedenheit. Ich hoffe, es wird uns auch noch so gehen. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (int'l.) glaubt, daß der Minister den Beamten gegenüber doch zu milde sei. Es seien geradezu unglaubliche Missgriffe gemacht. Die Motivierung der Beanstandung sei sehr häufig durchaus ungenügend. Ein Kommissar verlangte Angabe des Kapital Vermögens, der Gläubiger und des Binsfusses. Der Herr glaubte schon, es mit der Vermögenssteuer zu thun zu haben. (Harterkeit.) Ein Landrat in Hannover habe sogar damit gedroht, die Bankiers ehrlich zu vernehmen über die Kupons, die sie an ihre Kunden herauszahlt. Es sei ihm eine überraschende Ersehnen, daß das preußische Beamtenkumblum sich zum Theil so unfähig erwiesen habe zur Durchführung eines solchen Gesetzes. (Oho! rechts.)

Minister Miguel weist dies Urtheil über die preußischen Beamten zurück. (Bravo! rechts.) Wer eine gewisse Presse verfolgt habe, habe sich überzeugen können, daß die Gegner der Selbst-einschätzung versucht, durch Beschwerden gegen die Durchführung des Gesetzes eine gewisse Lage Durchführung desselben zu erzielen. Das werde aber nicht gelingen; die Beamten würden sich durch Presseartikel und Angriffe in der konsequenten Durchführung des Gesetzes nicht betrügen lassen. Friedberg finde, er, der Minister, sei zu milde. Warum sei Dr. Friedberg nicht vorher zu ihm gekommen und habe ihm die Fälle angegeben? Er hätte dann die Dinge untersuchen können. Wenn die Sache so liege, wie sie hier dargestellt werden, so ietzen die Beamten allerdings zu weit gegangen. Im Allgemeinen aber würden die Veranlagungsbeamten die Vertrauensmänner derjenigen werden, die gerecht deklarierten wollten. Aber ebenso entschlossen würden sie gegen diejenigen vorgehen, die gar zu gern das alte System fortführen möchten. Denn, wenn wir lax wären, so wären wir mit dem neuen Gesetz nur aus dem Regen in die Traufe gekommen. (Bustümung.)

Abg. Dr. Meyer (dfr.) verweist auf die gedruckten Beanstandungen des Kommissars in Beuthen. Der betreffende Beamte sei zwar korrigirt, aber zugleich befördert und als Hilfsarbeiter in das Ministerium berufen worden. Da werde sich doch ein Beamter sagen: ein Rüssel und eine Besförderung ist mir lieber, als kein Rüssel und keine Besförderung. (Harterkeit.) Auf solche Weise werde man die „Missgriffe“ nicht vermindern.

Finanzminister Dr. Miguel hätte nicht geglaubt, daß Meyer so leicht Alles glaube, was in der Zeitung steht. Er habe den Beamten nicht befördert, sondern er habe ihn vom selbständigen Einkaufskommissar in Beuthen zum Hilfsarbeiter bei der Zentralsteuerdirektion in Berlin gemacht. Man sieht also, in der Sache ist Methode. Er meine das natürlich nicht gegen den Abg. Meyer. Daß jener Beamte gesetzwidrig gehandelt habe, könne er nicht zugeben. Allerdings sei er in seinem Nebenerwerb viel zu weit gegangen, indem er eine Menge tatsächlich nicht zu beantwortenden Fragen gestellt habe. Alle Beschwerden in der Presse und hier seien aber ganz unnötig gewesen, denn die Verfügung des Kommissars sei durch den Berufungsvorstand schon längst aufgehoben gewesen, als die Sache in die Presse kam.

Abg. Schenk hält seine Beschwerde über die langsame Erledigung der Beschwerden durch das Oberverwaltungsgericht aufrecht.

Minister Miguel kündigt an, daß wahrscheinlich noch in dieser Session ein Gesetzentwurf eingebracht werden solle, der bezwecke, die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes zu beschleunigen. Es solle gestattet werden, die nicht prinzipiellen Fälle nicht in vollem

Senat, sondern in Kammer mit kleinerer Besetzung zu erledigen. Er bemerkt noch, daß die Regierung ein viel einfacheres Verfahren beim Einkommensteuergefege vorschlagen, daß aber das hohe Haus das Oberverwaltungsgericht hingegenbrachte. (Harterkeit.)

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (cons.) glaubt, daß diejenigen, die die Beschwerden ins Land hinaus sprächen, um zu zeigen, wie schlecht alles sei, der Mahnung des Ministers, sich vorher an ihn zu wenden, schwerlich Folge leisten werden. Man dürfe bei den Angriffen auf die Beamten doch nicht übersehen, daß sie sich einer neuen Materie gegenüber befinden, daß sie ein massenhaftes Material zu bewältigen hätten, und daß bei Nichtbeanstandung die Beniften vielfach weit schlechter fahren würden als bei der Beanstandung. Der Beamte hätte z. B. in den mitgetheilten Fällen ruhig bis zum nächsten Jahre warten, dann durch eine hohe Taxierung die Beschwerde veranlassen und dabei das richtige Einkommen ermitteln können; dann hätten die Beniften das 15 bis 20fache der hinterzogenen Steuer nachzahlt müssen und wären ruiniert worden. Er könne sich des Eindrucks doch nicht erwehren, daß in sehr vielen Fällen wissenschaftlich unrecht deklariert werde. Da dürfe man doch gegen die Kommissare nicht allzu peinlich sein. Das Demand, der einmal einen Fehler begangen, nicht befördert, sondern zum alten Eisen geworfen werde, das könne man doch nicht verlangen.

Finanzminister Miguel macht noch darauf aufmerksam, daß der Bericht über Berlin nicht nur in massenhaft ähnliche Fälle wie die mitgetheilten enthalte, sondern daß auch eine Menge von Fällen angeführt seien, wo die Beanstandung den Zweck hatte, die Declaration zu Gunsten des Declaranten zu berichtigten. So sei es vorgekommen, daß ungebildete Leute ihr Kapital als Einkommen angegeben hatten. Ein Milchverkäufer sei auf ein Viertel seiner Declaration herabgesetzt worden, weil er sich verrechnet hatte. Was den Fall Beuthen betreffe, so würden vielleicht im nächsten Jahre, wenn das Ergebnis der dortigen Beanstandungen vorliege, Tatsachen klar werden, die das allerding übertrieben eifrig und über das Ziel hinausziehende Verhalten des sonst sehr gut angehobenen Beamten einigermaßen entschuldigen und erklären. Angesichts einer massenhaften Unrichtigkeit der Declarationen könne ein Beamter leicht in eine Stimmung kommen, die ihn über das Ziel hinausschießen lasse.

Abg. Dr. Friedberg (int'l.) konstatiert, daß er seine Bemerkung ausdrücklich auf einen Theil der Beamtenschaft beschränkt habe. Er sei nicht Gegner des Gesetzes, sondern sei warm für das Gesetz und die Selbstverwaltung eingetreten. Gerade als Freund des Gesetzes habe er die Beschwerden vorgebracht.

Minister Miguel erklärt, daß es ihm nicht eingefallen sei bei seinen Bemerkungen auf den Abg. Friedberg zu ziehen.

Abg. Dr. Meyer findet in den Ausführungen des Ministers über den Beuthener Fall die Bestätigung des alten Satzes: Unkenntnis des Gesetzes entschuldigt Niemanden, ausgenommen den Beamten, der das Gesetz anzuwenden hat.

Die Abg. Frhr. v. Eckardstein und v. Erffa befürworten die Zulässigkeit einer höheren Abschreibung für Abnutzung von Gebäuden als ein viertel bis ein halb Prozent des Feuerlasswertes.

Minister Miguel erklärt, daß eine weitergehende Abschreibung nicht ausgeschlossen sei.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen der Rest des Gesetzes. Morgen 11 Uhr: Etat der Eisenbahnverwaltung. Schluss gegen 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. Febr. Beim Etat des Reichsjustizamts wurden heute im Reichstag zahlreiche Einzelbeschwerden vorgebracht, für die sich das Haus nicht recht erwärmen konnte. Und doch hätte jede von ihnen verdient, sehr ernst behandelt zu werden. Aber man beobachtet es bei Debatten dieser Art, die sich in Einzel-Anfragen auflösen, daß jede Partei, eigentlich jeder Abgeordnete, nur für dasjenige Interesse zeigt, was sie selber politisch wie persönlich zumeist berührt, und so entsteht ein Nebeneinanderreden ohne besonderen Inhalt. Was man aus der heutigen Verhandlung an positiven Mittheilungen des Reichsjustiz-Sekretärs erfährt, war nicht gerade erfreulich: Ein Strafvollzugsgesetz nämlich, auf dessen baldigen Erlass jede Partei zu dringen Veranlassung hat, wird zwar erwogen, ist auch schon in der Vorbereitung, aber Herr Haauer war nicht in der Lage, eine Erfüllung gerade derjenigen Wünsche anzukündigen, die heute, am kräftigsten vom Abg. v. Bar, ausgedrückt wurden. Vor Allem scheint es, als werde die gerechte Forderung des Vereins Berliner Presse, den Strafvollzug für Brechdelikte menschlicher und mehr im Stil unseres „fortgeschrittenen“ Jahrhunderts zu gestalten, nicht verwirklicht werden. Als

Abg. Dr. Meyer (dfr.) verweist auf die gedruckten Beanstandungen des Kommissars in Beuthen. Der betreffende Beamte sei zwar korrigirt, aber zugleich befördert und als Hilfsarbeiter in das Ministerium berufen worden. Da werde sich doch ein Beamter sagen: ein Rüssel und eine Besförderung ist mir lieber, als kein Rüssel und keine Besförderung. (Harterkeit.) Auf solche Weise werde man die „Missgriffe“ nicht vermindern.

Finanzminister Dr. Miguel hätte nicht geglaubt, daß Meyer so leicht Alles glaube, was in der Zeitung steht. Er habe den Beamten nicht befördert, sondern er habe ihn vom selbstdändigen Einkaufskommissar in Beuthen zum Hilfsarbeiter bei der Zentralsteuerdirektion in Berlin gemacht. Man sieht also, in der Sache ist Methode. Er meine das natürlich nicht gegen den Abg. Meyer. Daß jener Beamte gesetzwidrig gehandelt habe, könne er nicht zugeben. Allerdings sei er in seinem Nebenerwerb viel zu weit gegangen, indem er eine Menge tatsächlich nicht zu beantwortenden Fragen gestellt habe. Alle Beschwerden in der Presse und hier seien aber ganz unnötig gewesen, denn die Verfügung des Kommissars sei durch den Berufungsvorstand schon längst aufgehoben gewesen, als die Sache in die Presse kam.

Abg. Schenk hält seine Beschwerde über die langsame Erledigung der Beschwerden durch das Oberverwaltungsgericht aufrecht.

Minister Miguel kündigt an, daß wahrscheinlich noch in dieser Session ein Gesetzentwurf eingebracht werden solle, der bezwecke, die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes zu beschleunigen. Es solle gestattet werden, die nicht prinzipiellen Fälle nicht in vollem

Wohstuhl. Sein Enkelkind stürmt herein: „Grußvaterla, se treibe de Suldata zum Durke raus.“ Das Kind vernimmt keinen Laut vom Großvater, es steckt den Finger in den Mund und tritt vorsichtig dem Todten näher. Dann ruft nur das eine Wort „Grußvaterla!“ . . . Der Vorhang fällt.

Es liegt von der Bühne herab eine tief erschütternde Gewalt in diesem Ausruf aus Kindermund, eine Gewalt, deren Eindruck ich noch jetzt bei der Erinnerung mich nicht entziehen kann. Es ist wie wenn in diesem einen Ausruf all die Not und der Zittern, der sich da fünf Akte lang vor uns aufgerollt hat, zusammengefaßt wäre. Dieser Abschluß der Dichtung auf der Bühne könnte gar nicht ergriffen werden, als er hier mit diesem einen Kinderwort gegeben ist.

Hauptmann steht in dieser Dichtung auf der Sonnenhöhe seines Schaffens. Wie er die Stimmung zu schaffen weiß, wie er charakterisiert, wie er für alle die zahlreichen Typen dieser Dichtung jedesmal das rechte Wort findet und jedesmal so, daß gerade dies notwendig und kein anderes zulässig erscheint — das ist aufs Höchste bewundernswert. Und trotz dieser bis ins Feinste gehenden Kleinmalerei doch durchweg starke dramatische Spannung, durchweg tiefegehende Bühnenwirkung. Regisseur Hachmann hatte Vortreffliches geleistet — ihm und der hingebenden Darstellung der von etwa sechs Berliner Bühnen ausgewählten Darsteller gebührt ein gut Theil des auch von den zahlreich anwesenden prinzipiellen Gegnern der „Freien Bühne“ einmütig zugestandenen seltenen großen Erfolges.

So war denn bei dem kleinen Diner, das uns etwa

50 Freunde der „Freien Bühne“ nach der Vorstellung noch ein paar Stunden vereinigte, die Stimmung mit Zug und Recht freudig, hoffnungsvoll und siegesgewiß. Wie anders dieser Sonntag als jener im ersten Kampfjahre der „Freien Bühne“ so stürmisch verlaufende zweite Sonntag, der Hauptmanns Erstling „Vor Sonnenaufgang“ brachte und damit einen der größten Theaterstaudale. Die „Freie Bühne“ hat sich seitdem in ihren Prinzipien nicht geändert, aber das Publikum hat inzwischen viel hinzugelernt. Und darum: damals vor Sonnenaufgang, heute Sonnenhöhe!

Ist Hauptmann seit seiner ersten Bühnen-dichtung immer mehr gewachsen und erstarzt, so sehen wir bei Mascagni beinahe das Entgegengesetzte. Nach der „Cavalleria“ die Enttäuschung mit „Freund Fritz“ und nun wieder ein weiterer Rückschritt mit den „Ranzau“ — geht's so noch weiter, dann wird man von Mascagni, fürchte ich, sagen können, er habe eine große Zukunft — hinter sich. Die Befürchtung meines letzten Briefes hat sich erfüllt: Mascagni ist am Sonnabend im Opernhaus zwar 17 Mal gerufen worden, aber diese Ovation galt dem Komponisten der „Cavalleria“ und der Umstand, daß Mascagni gerade in Berlin ist, bedeutet allein schon ein Stück Erfolg für seine neue Oper. Es hat sich im Uebrigen hier noch mehr als bei „Freund Fritz“ gezeigt, daß Mascagni mit der ganzen Leidenschaft seines musikalischen Empfindens im italienischen Volksboden wurzelt. Deshalb der große Eindruck der „Cavalleria“, die durch ein Textbuch unterstützt wird, das allein schon erfolgsichernd ist, wie schwer auch der Librettodichter sich an Giovanni Verga verständigt hat. Nun aber ist bei den „Ranzau“ das Schauspiel der Herren Erckmann-Chatrian von dem Librettisten ganz jämmerlich

behandelt worden, so daß der Streit der beiden Brüder um die versteigerte Biese uns nun vollends uninteressant geworden ist. Und die Musik?

Der musikalischen Individualität Mascagni ist der Ranzau-Stoff so wenig entsprechend, daß vielfach Gesuchtes und Erwünschtes in der Musik erscheinen müssen. Vor Allem ist in keiner Weise das speziell elßässisch ländliche getroffen worden. Der erste Akt ist musikalisch ungemein dürfsig, aber auch später stockt die Erfindung oft und wo wie in dem Lied Luisens zu Beginn des 2. Aktes der Ton gut getroffen ist, da mangelt es wieder an Originalität. Charakteristisch und effektvoll ist das „Arie“ mit der Dreschflegel-Begleitung, aber es ist doch eben nur eine Episode. Erst die Szene zwischen Johann Ranzau und seiner Tochter zum Schluß des 2. Aktes ist von Bedeutung. Hier zeigt sich endlich wieder einmal die eindringliche musikalische Veredelung Mascagni: hier liegt wohl der Höhepunkt der Oper, wie es der Höhepunkt des Erfolges am Sonnabend war. Im 3. Akte kam es darauf an, in dem Frauenchor Humor zu zeigen — hier versagte aber Mascagni Kraft gänzlich. Im letzten Akt ist ein leidenschaftliches Duett von starker Wirkung, wenngleich es ihm völlig an melodischem Flus, an Erfindung fehlt. Zum Schluß aber imponiert der Farbenglanz, mit dem die orchestrale Behandlung illustriert ist. Durch die ganz vorzügliche Aufführung — besonders Fr. Hiedler und die Herren Bulz, Bez. Rothmüller und Krölop seien hervorgehoben — mußte die Oper Effekt machen, für ihren Komponisten aber bedeutet sie einen Rückschritt, wenn nicht Schlimmeres.

freiwillig gouvernemental im Uebermaß spielte sich der Zentrumsabgeordnete Gröber auf, der der sonderbaren Meinung war, daß das Gehalt des Staatssekretärs nicht die rechte Gelegenheit sei, um Beschwerden über Justizbehörden in den Einzelstaaten vorzubringen. Die Strafgesetzgebung wie die Zivilgesetzgebung ressortieren doch vom Reiche, und Strafprozeßordnung wie Zivilprozeßordnung sind des Reiches. Folglich muß das Reich und muß der Reichstag die Instanz sein, wo Verfehlungen gegen die Handhabung dieser Gesetze gerügt werden können. Nichts ist klarer, aber der Abg. Gröber will nichts davon wissen, und es war wohl auch ein bisschen Particularismus, der ihn seine erwähnte Bemerkung machen ließ. Ganz verständig äußerte sich dagegen derselbe Abgeordnete über den Duell-Urfug, der aus Anlaß jenes wundersamen Vorkommens erörtert wurde, wo ein Staatsanwalt den Landgerichtsdirektor herausgefordert hatte. Es wäre sehr wünschenswerth gewesen, daß der Staatssekretär im Reichsjustizamt eine andere Antwort auf die betreffenden Fragen gehabt hätte, als die, daß dieser Staatsanwalt als Reserve-Offizier vor das Militärgericht gehöre. Die geduldige Ergebenheit, womit bei uns die bürokratische Welt das Fortbestehen des Duell-Urfugs erträgt und ihre Reverenz vor diesem abscheulichen militärischen Sopse macht, schafft je länger desto mehr einen Zwiespalt im Volksempfinden, dessen Schließung eine der ernstesten Sorgen der Mächtigen sein sollte.

— Im Abgeordnetenhaus hat heute der Finanzminister ein scharfes Kreuzfeuer heftiger Beschwerden über die Handhabung des Einkommensteuergesetzes auszuhalten gehabt. Man kann nicht sagen, daß Herr Miquel, der immer gereizter wurde, hierbei gut abgeschnitten hat. Manche schlimme Befürchtung, als ob das neue Gesetz durch den Uebereifer der Unterbehörden zum Hebel des lästigsten Fiskalismus werden könnte, sind durch den Finanzminister noch bekräftigt worden. Er denkt genau so fiskalisch, wie die Steuerbehörden fiskalisch handeln. Was will denn Herr Miquel damit beweisen, wenn er ein halb Dutzend Fälle aufführt, wo Beanstandungen ergeben haben, daß die Betreffenden sich in allerdings schamloser Weise um die gerechte Veranlagung herumdrücken wollten? Dass Derartiges geschehen kann und verhindert werden soll, wird kein Mensch bestreiten. Aber empörend und absolut unwiderruflich ist, daß sich generell eine Praxis herausgebildet hat, die in den läufigsten Formen inquirirt, hunderttausenden von guten Staatsbürgern das Leben verbittert und durch verlebendes Misstrauen zur Beschreibung des endlosen und mühsamen Beschwerdeweges zwingt. Kein Wort, das heute gegen diese Handhabungsart gefragt wurde, ist über das Ziel hinausgeschossen gewesen, und Herr Miquel sollte es lieber doch nicht so leicht abhun, daß die schärfste aller Kritiker von dem ihm politisch nahestehenden Abg. Friedberg kam. Die Konservativen waren heute regierungsfromm wie selten. Die im vorigen Jahre gehörten Beschwerden über die Veranlagung des ländlichen Grundbesitzes müssen wohl geprachtet haben.

— In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums ist die Note, welche die Bedingungen für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Russland enthält, festgestellt worden. In Regierungskreisen betrachtet man die Aussichten für eine Verständigung mit Russland als günstig.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 27. Febr. Die Steuerreformkommission des Abgeordnetenhauses nahm heute in zweiter Lesung des Kommunalabgabengesetzes die ersten 6 Paragraphen an; die Debatte des § 7 wurde ausgezögzt. Zu § 9 wurde folgende Resolution angenommen. Die Regierung zu ersuchen, beim Reiche die geeigneten Schritte zu thun, um den Gemeinden die Möglichkeit einer zweitmäßigen Gestaltung der Besteuerung der Getränke zu gewähren; im übrigen wurde die Vorlage bis § 18 nach der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Lokales.

Breslau, 28. Februar. Von der Wartthe. Die Hochflut aus Pogorzelice beginnt sich jetzt hier geltend zu machen. Die Wartthe ist während der Nacht um 6 Zentim. gestiegen und dürfte im Laufe des Tages noch erheblich weiter anwachsen. Der Pegel an der Wallisbrücke zeigte heute früh 3,60 Mtr. über Null. In den niedriger gelegenen Straßen fängt denn auch das Wasser bereits an, sich in sehr unangenehmer Weise, namentlich in den Kellern bemerkbar zu machen.

Telegraphische Nachrichten.

Hannover, 27. Febr. Graf Alexander v. Hennigsen, früherer hannoverischer Staatsminister und von 1881 bis 1883 Mitglied des Reichstages, ist zu Banteln (Regierungsbezirk Hildesheim) 81 Jahre alt, gestorben.

Leipzig, 27. Febr. Das Reichsgericht verhandelte heute in dem Prozeß gegen den Redakteur der "Kölischen Zeitung", von Loox, welcher am 29. November v. J. wegen Abdruces des Protolls über die Wemdinger Teufelausstreuung zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist. Der Staatsanwalt beantragte die Aufhebung des Urtheils der Vorsinstanz. Die Verkündigung des reichsgerichtlichen Urtheils wird am Montag, den 5. f. Mts. erfolgen.

München, 26. Febr. Bei einem aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Prinzen Ludwig von Bayern veranstalteten Schießen hob der Prinz hervor, er fühle sich besonders wohl in der Mitte der Schützen, unter denen alle bürgerlichen Kreise ohne Unterschiede des Standes, Berufes und Vermögens vertreten seien. Dem Wohle der Schützen widme er den Festspiele, indem er wünsche, daß, wie das königliche Haus sich mit dem Volke, so das Volk mit dem königlichen Hause sich eins fühlen möge durch weitere Jahrhunderte. Mit lauten Beifallsrufen dankten die Anwesenden dem Prinzen für seine Worte.

Wien, 27. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat die Regierungsvorlage betreffend die Verabfolgung von Bleihalt zu ermäßigt

Preise angenommen. Die Vorlage war von zahlreichen Rednern sehr sympathisch begrüßt worden. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister gegenüber den Beschwerden über die Ungleichheit des Salzpreises, das österreichische Salzmonopol sei ein Fabrikations- nicht ein Handelsmonopol. Für ein Salz-Handelsmonopol und die Errichtung von Salzstraßen könnte er sich nicht aussprechen.

Wien, 27. Febr. Bei der Wahl eines Landtagsabgeordneten für die Städtebezirke Stockerau, Korneuburg, Oberhollabrunn wurde der deutschherale Freiherr v. Czedil mit 598 Stimmen gewählt. Der deutschnationalen Knosz erhielt 406 Stimmen.

Wien, 27. Febr. Nach Depeschen von der unteren Donau sind in Folge des andauernden Steigens des Wassers mehrere Ortschaften in der größten Gefahr; einzelne sind in Folge von Dammbrüchen bereits überschwemmt.

Kopenhagen, 26. Febr. Die Eisverhältnisse im Großen Belt haben sich bedeutend gebessert. Heute hat dreimal eine Eisbrecherübersicht in beiden Richtungen zwischen Hjæder und Warnemünde stattgefunden. Zum ersten Male sind heute wieder Reisende aus Kiel via Rostock hier eingetroffen.

Paris, 27. Febr. [Députiertenkammer.] In der heutigen Sitzung wurde das gesammte Budget mit 407 gegen 15 Stimmen angenommen.

Paris, 27. Febr. Im heutigen "Figaro" wird in einem „Bidi“ unterzeichneten Artikel behauptet, daß nach den Aussagen, welche Charles de L'Espresso vor dem Untersuchungsrichter gemacht habe, Freycinet, Floquet und Clemenceau von den Machenschaften in der Panama-Angelegenheit genau unterrichtet gewesen seien, da dieselben im Jahre 1888 bei Ferdinand und Charles de L'Espresso eifrig interveniert hätten, daß die Panama-Kompagnie einen von Herz und Reinach angebrochenen Prozeß vermeiden möchte.

Brüssel, 26. Febr. Das Volksreferendum ist überall in großer Ruhe verlaufen. In Brüssel waren etwas mehr als die Hälfte der Einwohner in die Listen eingetragen; davon beteiligten sich etwa 25 000 an der Abstimmung. Die Mehrheit stimmte für den Antrag Janson. Die beträchtliche Zahl der Stimmenthalungen ist den Katholiken und den gemäßigten Liberalen zuschreiben, welche keine radikalen Maßregeln wünschten. In den Arbeitervierteln war die Beteiligung in Folge der sozialistischen Propaganda eine größere. In einigen anderen Gemeinden, besonders in den Arbeitzentren, war die Zahl der Abstimmenden verhältnismäßig viel erheblicher, vor allem in Morlanwelz, Manage und Fleurus. Die katholischen Blätter sagen, man könne aus dem Referendum, welches nicht ordnungsmäßig organisiert sei, keine Schlüsse ziehen; sie führen an, daß viele Unregelmäßigkeiten und betrügerische Machenschaften bei dem Referendum vorgekommen seien.

Brüssel, 26. Febr. Nach weiteren, bei der Verwaltung des Kongostaates eingelaufenen Meldungen wurden der fröhliche Resident von Katanga, Lippens, und sein Begleiter Debruyne während des Angriffs auf die Araber getötet. Der Lieutenant Chaltin überraschte bei seiner Rückkehr vom Aruwimi die Araber bei Nadumba und schlug sie in die Flucht, welche in großer Unordnung und unter Zurücklassung von Waffen und Munition erfolgte. Nach dem Kampfe wurden viele Araber von den Eingeborenen niedergemacht und 80 Slaven befreit.

London, 27. Febr. Nach einem Telegramm aus "Reuter'sche Bureau" aus Andland ist dafelbst die Nachricht eingetroffen, daß der König der Tonga (Freundschafts-) Inseln, Georg I. Tubou, an Influenza gestorben ist.

Konstantinopel, 27. Febr. Der "Agence de Constantinople" zufolge haben die hiesigen Botschafter ein Memorandum an die Pforte gerichtet, in welchem dieselbe darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Zustand der Straßen in Pera trotz hinreichender Geldmittel ein überaus schlechter sei, und daß es sich dabei hauptsächlich um die schlechte Administration handle. Der Sultan hat in Folge dessen den bisherigen türkischen Gesandten in Budapest, Black-Bey, welcher gelegentlich des Besuches des deutschen Kaisers in Konstantinopel die Funktionen eines Präfekten von Pera zur vollen Zufriedenheit versah, an Stelle von Madjid-Bey wieder zum Präfekten von Konstantinopel ernannt. Madjid-Bey bleibt Direktor der auswärtigen Presse im Ministerium des Neuherzen.

Sofia, 27. Febr. Wie verlautet, wird Prinz Ferdinand Mitte dieser Woche hierher zurückkehren.

Washington, 27. Febr. Es ist ein Spezialagent ernannt worden, um dem Schatzamt Bericht über die Weißblechindustrie der Vereinigten Staaten zu erstatten. Es handelt sich darum, festzustellen, ob angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß die Zinngewerke des Landes für die nächste Zeit nicht hinreichend ergiebig sein werden, es nicht im Interesse der Fabrikanten wäre, den Einfuhrzoll von 4 Cent auf Cossiterit-Barren sowie auf Block- und Rohzinn vom 1. Juli ab aufzuheben.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 27. Febr. Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Februar.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet.	Mark 929 139 000 Zun.	15 367 000
2) Best. an Reichskassenf.	= 24 526 000 Zun.	1 058 000
3) do. Noten anderer Banken	= 9 262 000 Zun.	2 009 000
4) do. an Wechseln	= 481 094 000 Zun.	5 710 000
5) do. an Lombardforderung.	= 77 762 000 Zun.	2 618 000
6) do. an Effekten	= 8 695 000 Zun.	2 036 000
7) do. an sonstigen Aktiven	= 35 701 000 Zun.	428 000
Passiva.		
8) das Grundkapital	Mark 120 000 000	unverändert.
9) der Reservefonds	= 30 000 000	unverändert.
10) d. Betr. d. umlauf. Not.	= 904 640 000 Zun.	18 927 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten	= 498 835 000 Zun.	32 680 000
12) die sonstigen Passiva	= 1 295 000 Zun.	935 000

** Bradford, 27. Febr. Wolle teuer, Exportgarne thätig, Stoffe ruhig, Preise unregelmäßig.

Marktberichte.

** Berlin, 25. Febr. [Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate] von Max Sabersky. Ia Kartoffelmehl 20–20,50 Mark. IIa. Kartoffelfäuste 20–20,50 Mark. IIIa. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 18–19,50 M., feuchte Kartoffelstärke Frachtparität Berlin 10,60 M., Frankfurter Syrup-Fabriken zahlen nach Wertmeisters Bericht frei Fabrik 10,35 M., gelber Syrup 24 bis 24,50 M., Caviat-Syrum 25–25,50 M., Caviat-Export 25 bis 26,50 M., Kartoffelzucker gelber 24–24,50 M., Kartoffelzucker Cap. 25,50–26 M., Rum-Couleur 36,00–37,00 M., Bier-Couleur 35,00–36,00 M., Dextrin gelb und weiß Ia. 27,–28 M., do. IIa. 25,00–26,00 M., Weizenstärke, kleinstufig 34,00–35,00 M., do. großstufig 41,00–42,00 M., hessische und schlesische 41,00 bis 42,00 M., Reisstärke (Strahlen) 48,00–49,00 M., do. (Stücken) 46,00–47,00 M., Maisstärke 32,00 M. nom., Schabestärke 30 M. nom. Alles pro 100 Kilogramm ab Bahn Berlin bei Paketen von mindestens 10 000 Kilogramm. (B. B.-C.)

Bromberg, 27. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140–148 M., seifster über Notiz. — Roggen 112–122 M., seifster über Notiz. — Gerste nach Qualität 120–123 M. — Brau 129 138 M., Erbsen, Futter 120–130 M. — Kocherbojen nom. 140–160 M. — Hafer 125–135 M. — Spitzkraut 160–170 M. — Weizen 180 000 Kilogr. Fest.

** Leipzig, 27. Febr. [Wolffersch.] Kammerzug-Terminhandel. Ia Blatt. Grundstücke B. v. März 3,75 M., v. April 3,72%, M., v. Mai 3,75 M., v. Juni 3,77%, M., v. Juli 3,80 M., v. August 3,82%, M., per September 3,85 M., per Oktober 3,82%, M., per November 3,90 M., per Dezember 3,90 M., v. Jan. M., v. Februar — M. Umsatz 180 000 Kilogr. Fest.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. S. und 66 m Seehöhe.	Wind. W. mäßig Windstill Nördlich schwach	Wetter. zieml. heiter heiter halb heiter)	Tem. + 8,5 + 2,1 + 0,6
27. Nachm. 2	748,8	W mäßig	zieml. heiter	+ 8,5
27. Abends 9	751,4	Windstill	heiter	+ 2,1
28 Morgs. 7	751,8	No schwach	halb heiter)	+ 0,6

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. Febr. Morgen 3,56 Meter
= 27. Mittags 3,54
= 28. = Morgen 3,58

Produkten- und Börsenberichte.

Wands-Kurse.

Breslau, 27. Febr. (Schlusskurse.) Fest.
Neue 3proz. Reichsausleihe 87 80, 3 1/2 proz. L.-Pfandbr. 98,85, Konso. Türk. 22,00, Türk. 93,00, 4proz. ung. Goldrente 97,80, Bresl. Distontobank 98,00, Breslauer Wechslerbank 98,00, Kreditattien 182,85, Schles. Bankverein 118,00, Donnersmarchhütte 91,25, Flößer Maschinenbau —, Kattowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,50, Oberschles. Eisenbahn 55,75, Oberschles. Portland-Zement 71,75, Schles. Cement 126,25, Oppeln-Zement 91,25, Schl. D. Cement —, Kramsta 136,50 Schles. Zinkfalten 181,00, Laurahütte 107,00, Verein. Oelsfabr. 92,50, Österreich. Banknoten 168,80, Russ. Banknoten 216,25, Gleis. Cement 78,75 4proz. Ungarische Kronenanleihe 94,65.

Frankfurt a. M., 27. Febr. (Schlusskurse.) Fest.
Von. Weichsel 20,442, 3proz. Reichsanleihe 87,80, österr. Silberrente 88,00, 4 1/2 proz. Papierrente 88 20, do. 4proz. Goldrente 99,00, 1860er Börsen 128,80, 4proz. ung. Goldrente 97,60, Italiener 93,60, 1890er Russen —, 3. Orientali. 70,10, unifiz. Egypter 100,10, 1. Türk. 21,90, 4proz. türk. Anat. —, 3proz. port. Anat. 21,50, 5proz. serb. Rente 80,50, 5proz. amort. Rumänier 98,30 6proz. Russ. Mexik. 82,90*, Böh. Westbahn 314%, Böh. Noed. 164%, Franzosen —, Gaußler —, Gotthardsbahn 155,90, Bombarden 94%, Böbed-Büden 140,80, Nordwestbahn —, Kreditattien 284%, Darmstädter 141,80, Mittel. Kredit 101,00, Reichsb. 150,00, Dist. Kommandit 193,10, Dresdner Bank 152,30, Berliner Wechsel 81,175, Wiener Wechsel 168,45, serbische Tabakrente 80,10, Bochum. Gußstahl 134,60, Dortmund. Union 65,80, Harpener Bergwerke 144,10, Hibritia 119,70, 4proz. Spanier

Baumwolle. Matt. Upland middl. loto 48 $\frac{1}{2}$ Pf., Upland Basis middl. nichts unter loto middl. auf Le minisierung ver Febr. 47 $\frac{1}{2}$ Pf., v. März 47 $\frac{1}{2}$ Pf., v. April 48 Pf., v. Mai 48 $\frac{1}{2}$ Pf., v. Juni 48 $\frac{1}{2}$ Pf., v. Juli 48 $\frac{1}{2}$ Pf.

Schmal. Weichenb. Shafer - Pf. Wilcox 58 $\frac{1}{2}$ Pf. Choice Grocer 58 $\frac{1}{2}$ Pf., Armour 58 $\frac{1}{2}$ Pf. Rohe u. Brother (pure) - Pf. Kaffee 52 $\frac{1}{2}$ Pf. Cubdy 58 $\frac{1}{2}$.

Wolle. Umjaz 65 Ballen.

Spec. Geschäftslös. Loko Short clair middl. 51.

Tabak. Umjaz: 1276 Packen St. Felix, 250 Packen China.

Bremen, 27. Febr. (Kurse des Effeten- und Mäller-Bereins) bproz. Nord. Wollkämmerie und Kammgarn-Spinnerei-Alten 159 Br. bproz. Nord. Glynd-Preis 117 $\frac{1}{2}$ bez.

Hamburg, 27. Februar Getreidemarkt. Weizen loto ruhig holsteinischer loto neuer 154-158 - Roggen loto ruhig mecklenb. loto neuer 134-135 nössischer loto ruhig, transito (10 nom.) Hafer ruhig - Gerste ruhig - Rübböl (unverzollt) matt, loto 53. - Spiritus loto ruhig, ver Febr. 23 Br., er Febr. März 22 $\frac{1}{2}$ Br., per April 22 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$, Br. - Kaffee ruhig. Umjaz - Sac. - Petroleum loto fester. Standard white loto 5,20 Br., ne. März 5,05 Br. - Wetter: Schön.

Hamburg, 27. Februar Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 85, per Mai 82 $\frac{1}{2}$, per Sept. 82 $\frac{1}{2}$, per Dez. 81 $\frac{1}{2}$. Behauptet.

Hamburg, 27. Februar Zuckermarkt. Schlußbericht. Rübauer I. Produkt Basis 88 p.C. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg ver Febr. 13,95, per März 13,95, per Mai 14,27 $\frac{1}{2}$, per Sept. 14,27 $\frac{1}{2}$. Ruhig.

Pest, 27. Febr. Produktenmarkt. Weizen flau, per Frühjahr 7,39 Gd., 7,40 Br., per Herbst 7,53 Gd., 7,54 Br. Hafer per Frühjahr 5,57 Gd., 5,58 Br. Mais per Mai-Juni 4,72 Gd. 4,74 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,95 Gd., 12,00 Br. - Schön.

Paris, 27. Februar. Getreidemarkt. (Schluß). Weizen ruhig, p. Febr. 21,40, p. März 21,60, p. März-Juni 21,90, p. Mai-August 22,20. - Roggen träge, ver Febr. 13,70, er Mai-August 14,40. - Mehl ruhig, er Febr. 47,30, per März 47,60, p. März-Juni 48,00, per Mai-August 48,60. - Rübböl bebt, per Febr. 60,25, per März 60,50, p. März-Juni 61,25, per Mai-August 61,50. - Spiritus ruhig, ver Febr. 47,50, per März 47,50, per März-April 47,50, - Mai-August 47,50. - Wetter: Bedeckt.

Paris, 27. Febr. (Schluß). Rübauer bebt, 88 Proz. loto 38,25 Weizen loto ruhig, Nr. 3, per 100 Kilo per Febr. 40,35, per März 40,37 $\frac{1}{2}$, per März-Juni 40,62 $\frac{1}{2}$, per Mai-August 41,12 $\frac{1}{2}$.

Havre, 27. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co. Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haiffe.

No 17 000 Sac, Santos 10 000 Sac Rezettes für Sonnabend.

Havre, 27. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co., Kaffee, good average Santos, p. Febr. 106,50, p. März 105,25, per Mai 103,25. Ruhig.

Amsterdam, 27. Febr. Vancazinn 55 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 27. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 171, per Mai 174. Roggen loto geschäftsl. do. auf Termine niedriger, per März 128, p. Mai 127. - Rübböl loto 28 $\frac{1}{2}$, per Mai 28, do. per Herbst 27 $\frac{1}{2}$.

Antwerpen, 27. Februar. Getreidemarkt. Weizen ruhig.

Roggene unbeflekt. Hafer bebt. Gerste schwach.

Antwerpen, 27. Febr. (Telear. der Herren Willens und Co.)

Wolle. La Blata-Zug, Type B. Mai 4,60 bez., Juli 4,70 bez.

Antwerpen, 27. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht). Rat-

finanz Type weiß loto 12 $\frac{1}{2}$ bez. und Br. per Febr. 12 $\frac{1}{2}$ Br.

v. März-April 12 $\frac{1}{2}$ Br., per Sept.-Dez. 12 $\frac{1}{2}$ Br. Fest.

London, 27. Febr. 96 p.Ct. Java-Zucker loto 16 $\frac{1}{2}$, ruhig, Rübauer loto 14 matt. Wetter: -.

London, 27. Febr. Chili-Kupfer 45 $\frac{1}{2}$, per 3 Monat 46

London, 27. Febr. An der Küste 2 Wezentladungen angeboten.

- Wetter: Regen.

London, 27. Febr. Die Getreidezufragen betragen in der Woche vom 18. Febr. bis 24. Febr.: Englischer Weizen 3210, fremder 33888, englische Gerste 1778, fremde 19455, englische Malzgerste 19065, fremde - englischer Hafer 1120, fremder 32508 Orts., englisches Mehl 17621, fremdes 59128 Sac und 25 Fach.

London, 27. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen ruhig, aber stetig. Mehl träge, Mais und Gerste ruhig, Hafer geschäftslös. Angekommene Wezentladungen fest. Von schwimmendem Getreide Weizen geschäftslös, Gerste weichend, Mais 1 $\frac{1}{4}$ -1 $\frac{1}{2}$ h. höher. - Wetter: Regen.

Liverpool, 27. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umjaz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B. Amerikaner träge, Surats ruhig.

Middle amerikan. Lieferungen: Februar-März 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Werth, April-May 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Kaufpreis, August-Sept. 4 $\frac{1}{2}$ p.C. d. do.

Liverpool, 27. Febr. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umjaz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B. Weizen ruhig.

Middle american. Lieferungen: Februar-März 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Käuferpreis, März-April 4 $\frac{1}{2}$ p.C. do., April-May 4 $\frac{1}{2}$ p.C. do., Mai-Juni 4 $\frac{1}{2}$ p.C. do., Juni-Juli 20 $\frac{1}{2}$ p.C. Kaufpreis, Juli-August 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Käuferpreis, August-September 4 $\frac{1}{2}$ p.C. Kaufpreis, September-Oktober 4 $\frac{1}{2}$ p.C. d. do.

Glasgow, 27. Febr. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 4191 Tons gegen 4975 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 27. Febr. Rohefen. (Schluß). Mixed numbers warrants 40 h. 7 d.

Newyork, 27. Febr. Weizen pr. Februar 76 $\frac{1}{2}$, pr. März 76 $\frac{1}{2}$ C.

Berlin, 28. Febr. Wetter: Schön.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 27. Febr. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ziemlich günstig lauteten. Bald trat dann infolge belangreicher Realisierungen ziemlich allgemein vorübergehend eine Abschwächung der Haltung ein, die aber im Verlaufe des Verkehrs wieder von einer festeren Strömung abgelöst wurde. Bei anziehenden Kursen gestaltete sich das Geschäft ziemlich lebhaft bis zum Börsensturz. Der Kapitalmarkt bewahrte feste Gesamtihaltung für heimische solide Anlagen. Deutsche Reichs- und Preußische solidarisierte Anleihe erschienen zum Theil etwas besser. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand durchschnittlich gut behauptet, zum Theil wie Italiener etwas erhöht; Russische Noten anziehend. Der Privatdiskont wurde mit 1 $\frac{1}{2}$ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Deiterr. Kreditattiten zu etwas höherer Notz mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Lombarden und Dux-Bodenbach fester und lebhafter, auch andere Oesterreichische Bahnen fest aber ruhiger; Gotthardbahn und andere Schweizerische sowie Italienische Eisenbahnen steigend und ziemlich belebt. Inländische Eisenbahnaktien gleichfalls recht fest und mehr beachtet, namentlich Lübeck-Büchen und Dortmund-Gronau. Auf dem Bankenmarkt entwidelt sich das Geschäft am bedeutendsten, wobei Aktien der Deutschen Bank (+ 1,60), sowie Diskonto-Kommanditanteile (+ 0,75) bevorzugt und auch andere höher gehörige Wertp. bei guten Umsätzen um etwa 1 $\frac{1}{2}$, bis 2 $\frac{1}{2}$ Proz. gesteigert wurden. Industriepapiere zumeist fest und zum Theil lebhafter; Schiffahrtspf. ruhiger, aber höher notirt. Eisen- und Hüttenwerthe lagen schwach. Kohlenaktien fest und höher; Harpener gewannen 3 Proz.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. Febr. In Newyork war Weizen am Sonnabend behauptet. Hier blieb die Tendenz des Getreidemarktes heute trotzdem schwach. Weizen bühte bei geringen Umsätzen 1 $\frac{1}{2}$ M. ein. Roggen schwankte in Folge stärkeren Angebots inländischer

Waare bei sehr mäßigen Umsätzen auf einem 1 $\frac{1}{2}$ M. ermäßigten Niveau. Hafer still, aber unter dem Einfluß der Allgemeintendenz um 1 M. billiger. Roggen mehr wurde bei geringen Umsätzen 20 Pfennig niedriger. Rübböl auf Zwangsräffaktionen um 60 Pf. billiger. Spiritus loto und auf Termine still und 10 Pfennig niedriger.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilo. Termine flau. Termine matt. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 140-158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., feiner gelb. märf. 153,5 bez., ver diesen Monat -, per März-April -, per April-May 153,5-153,25 bez., per Mai-Juni 154,75-154,5 bez., per Juni-Juli 155,75 bez., per Juli-August -, per Sept.-Okt. -.

Roggen per 1000 Kilo. Loko schwerfälliger Verkauf. Termine flau. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 124-134 M. nach Dual. Lieferungsqualität - M. inländischer guter 130-131, etwas flammer 124 M. per diesen Monat -, per Febr.-März -, per März-April -, per April-May 133,5-134,5 bez., 133,25-133,5 bez., per Mai-Juni 133,5-134,5 bez., per Juni-Juli 134,5-135,5 bez., per Juli-August 135,5-136,5 bez.

Gerste der 1920 Programm. Fester. Große und kleine 138 bis 175, Futtergerste 115-135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilo. Loko flau. Termine niedriger.

Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 139-157 M. nach Dual. Lieferungsqualität 142 M. Bommischer mittel bis guter 140-144 bez., feiner 145-149 bez., preußischer mittel bis guter 140-144 bez., feiner 145-149 bez., schlesischer mittel bis guter 142-145 bez., feiner 146-149 bez., per diesen Monat 142,5 M., per Februar-März -, per April-May 142-141,75-142 bez., per Mai-Juni 142 bez., per Juni-Juli 142,25 M.

Mais per 1000 Kilo. Loko flau. Termine niedriger. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 122-132 M. nach Dual, per diesen Monat -, per April-May 108,5 bez., per Mai-Juni -, per Juni-Juli 107,5 bez., per Juli-August -.

Erbse per 1000 Kilo. Futtermais 160-205 M. nach Dual. Futtermais 137-149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto infl. Sad. Termine flau. Gefündigt - Sad. Kündigungspreis - M. per diesen Monat -, per Febr.-März -, per April-May 17,6-17,5 bez., per Mai-Juni 17,5-17,65 bez., per Juni-Juli -.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto infl. Sad. per diesen Monat 19,75 M. - Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto infl. Sad. per diesen Monat 10,60 M. Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto infl. Sad. per diesen Monat 19,75 M.

Rübböl per 100 Kilo. mit Fach. Flauer. Gefündigt - 8tr. Kündigungspreis - M. Loko mit Fach - M. ohne Fach - M. per diesen Monat - M. per April-May 52,2-52-52,1 bez., per Mai-Juni 52,3-52,2 bez., per Sept.-Okt. 52,2-52-52,2 bez. Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Kündigungspreis - M. Loko ohne Fach 53,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Liter. Kündigungspreis - M. Loko ohne Fach 34,1 bez., per Aug.-Sept. 35,9-36,1-36 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt 50 000 Liter. Kündigungspreis 33,10 M. Loko mit Fach - , per diesen Monat 33,2-33,1 bez., per Febr.-März 33,2-33,1 bez., per März-April -, per April-May 33,6-33,4-33,6 bez., per Mai-Juni 33,9-33,8-33,9 bez., per Juni-Juli -, per Juli-August 34,8-34,9 bez., per August-Sept. 35,3-35,1-35,3 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 0 22,00-20,00 bez., Nr. 0 19,75-17,75 bez.

Keine Marken über Notz bezahlt.

Rogenmehl Nr. 0 u. 1 17,50-16,75 bez. Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilo. Pfr. br. incl. Sac.

Fonds- und Aktien-Börse.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdtm. Colberg 4 $\frac{1}{2}$ 114,25 bz. Bresl.-Warsch. 56,60 Q. Czakat.-Pr. 5 Pr. 104,25 bz. Schuwa.-Ivan. gar. 95,20 G. Südwestb. gar. 4 Transkaukas. g. 79,30 Q. do. Nordost. 114,40 bz. do. Unionb. 80,40 bz. do. Westb. 270,00 G. Westsicilian. 64,90 bz.

Aachen-Mastr. 64,80 bz. Altenbg.-Zeitz 204,50 bz. Crefelder 87,00 bz. do. Pr. 104,00 bz. do. Papier-Rnt. 83,00 bz. do. Loose. 270,00 G. do. Tem-Bg.-A. 98,75 bz. Wiener C.-Anl. 106,40 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr. 64,80 bz. Altenbg.-Zeitz 204,50 bz. Crefelder 87,00 bz. do. Pr. 104,00 bz. do. Papier-Rnt. 83,00 bz. do. Loose. 270,00 G. do. Tem-Bg.-A. 98,75 bz. Wiener C.-Anl. 106,40 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn 5 Bresl.-Gr. Pferde. 410,90 bz. Eisenbahn. 4 104,90 bz G. Oberschl. 31/2 104,90 bz G. do. Lit. B.